



Wer da fällt,  
über den läuft alle Welt.  
SPRICHWORT

## TACH AUCH

## Eiskalter Blick

Sie sitzt auf dem Heizkörper, schaut mit verklärtem Blick an ihm vorbei und träumt von lauen Frühlingnächten. Er sitzt draußen auf der Fensterbank, bibbert vor Kälte, lässt seine erstarrten Schnurrbarthaare bisweilen an der Scheibe entlang streifen und sehnt sich nach ihr.

Dieser Winter zeigt für den Kater kein Mitleid.

Er ist zwar trotz tierischer Kälte willens, Verantwortungsbewusstsein für die Erhaltung der Art zu zeigen, doch nach einer Weile kriegt er kalte Füße und trollt sich. Das wiederum irritiert sie, lässt sie aus ihren Frühlingsträumen aufschrecken, zumal sie der Heizkörper auf Temperatur gebracht hat.

Die Stubentigerdame will raus. Hinaus in die Tiefkühltruhe zu ihm. Was das für die nächste Generation bedeutet, liegt auf der Hand: Sie wird als die mit dem eiskalten Blick in die Katzenschichte eingehen.

KLAUS GRUNEWALD

ANZEIGE

**Wir begrüßen die 4000 Bremer „Gas-Rebellen“!**  
Mit Heizöl und Holzpellets schaffen Sie sich Wärme auf Vorrat und finden endlich die Unabhängigkeit, die Sie lange vermisst haben. Bei uns ist der Kunde immer noch König!

**MÜHLENBRUCH STINNES BREMEN**  
Wir sorgen für Wärme!

Tel. 0421 / 2038380  
Tel. 0421 / 420071

Manieren-Tipps  
in neuer Auflage

Nachdruck liegt für 2,50 Euro bereit



**Bremen (dam).** Jetzt können Sie sich wieder in die Öffentlichkeit wagen, denn Ihrem Auftritt auf unbekanntem Terrain steht nichts mehr im Wege. Mit den 100 Tipps „Gutes Benehmen – Schlechtes Benehmen“ unserer Manieren-Broschüre gelingt es Ihnen locker, nicht etwa mit der Kaffeetasche anzustoßen oder in einer zerrissenen Jeans zum Empfang zu kommen. Schlagen Sie einfach nach! Der Nachdruck unserer Ende vergangener Woche ausverkauften Broschüre ist von heute an wieder in unseren Zeitungsständen für 2,50 Euro zu haben. Auf 64 Seiten geht es dabei aber nicht nur um Benimmfragen, sondern in zwölf großen Beiträgen um die Geschichte der Manieren, von den Anfängen vor 800 Jahren über Freiherr Adolf Knigge bis zu E-Mail-Gepflogenheiten.

Umweltfrevl  
im Bootshafen

**Bremen (rog).** Bislang unbekannte Täter haben gestern Morgen Öl in das Hafenbecken des Oberweser Segelvereins eingelassen und dadurch rund 200 Quadratkilometer verunreinigt. Wegen des Südwestwinds wurden große Mengen des verunreinigten Wassers in die Weser gedrückt. Die Umweltbehörde verfügte, dass die Feuerwehr Ölsperren ausbrachte. Erst nach dem Abtauen der Eisschicht soll der Bootshafen gereinigt werden. Die Ermittlungen der Bremer Polizei dauern an.

**Bremen.** Wer sich mit dem Essen beschäftigt, kann rasch zum Klimaexperten werden. Das ist die Erfahrung von Christiane Schwalbe von der Bürgerstiftung Bremen. Sie möchte, dass möglichst viele Bremerinnen und Bremer beim Mittagessen aktiven Klimaschutz betreiben. Deshalb hat die Bürgerstiftung gestern die Aktion „Veggiday“ ins Leben gerufen. Die Idee: Bremen isst vegetarisch – jeden Donnerstag.

Ernährung hat viel mit Klimaschutz zu tun, mehr als vielen Menschen bewusst ist, erklärt Cornelis Rasmussen. Er ist Geschäftsführer der Bremer Klimaschutz-Agentur Energie-Konsens, die das Projekt „Veggiday“ unterstützt. Einer der größten Klimakiller auf dem Teller sei Rindfleisch. Der Grund: Wenn Kühe verdauen, wird Methan freigesetzt. Und Methan, erläutert Rasmussen, trage in wesentlich größerem Ausmaß als CO<sub>2</sub> zum Treibhauseffekt bei. „Methan ist 25 Mal schlimmer.“ Rein rechnerisch bedeute das: Eine Kuh wirkt sich übers Jahr gesehen fürs Klima genauso schädlich aus wie ein durchschnittlicher Pkw, der 14 000 Kilometer gefahren ist. Wie groß der Spielraum ist, über den persönlichen Speisezetteln zum Klimaschutz beizutragen, verdeutlicht der Energie-Konsens-Chef noch mit einer anderen Rechnung. Im Schnitt trage jeder Mensch in Deutschland pro Jahr mit zehn Tonnen zum gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei – sei es durch Autofahren, Flugreisen oder den Stromverbrauch zu Hause. Die Ernährung sei dabei mit 1,7 Tonnen CO<sub>2</sub> eingerechnet. „Und 75 Prozent dieser 1,7 Tonnen entfallen auf Fleisch und Milch.“

Diese Zahlen, sagt Christiane Schwalbe, haben vergangenes Jahr schon die Einwohner der belgischen Stadt Gent beeindruckt. Und so hätten sie im Mai 2009 den Veggie-Dag eingeführt: Donnerstags gebe es in allen öffentlichen Genter Kantinen und Schulmensen seitdem ein vegetarisches Hauptgericht, erklärt Christiane Schwalbe. Auch etwa 100 Restaurants beteiligten sich an der Aktion. Wenn 240 000 Genter Bürgerinnen und Bürger einmal in der Woche kein Fleisch essen, entspreche das aufs Jahr hochgerechnet einer CO<sub>2</sub>-Ersparnis von 18 000 Autos, sagt sie. Und: Würden sich alle 550 000 Bremerinnen und Bremer am „Veggiday“ beteiligen, hätte das im Be-



Weniger Fleisch, mehr Klimaschutz – nach diesem Motto werben Christiane Schwalbe, Peter Große, Hans-Christoph Hoppensack (stellvertretender Vorsitzender der Bürgerstiftung), Monika Böttjer und Cornelis Rasmussen (von links) für einen „Veggiday“ immer donnerstags. FOTO: ROLAND SCHEITZ

zug auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß denselben Effekt, als wären pro Jahr 40 000 Autos weniger unterwegs. Dabei, betont Christiane Schwalbe, gehe es beim „Veggiday“ nicht nur darum, vegetarisch zu essen. Vielmehr sollen die Zutaten möglichst aus der Region stammen und danach ausgesucht werden, welches Gemüse gerade Saison hat. „Das soll aber nicht heißen, dass es immer nur Kartoffeln und Kohl gibt.“

## Viele Bündnispartner

Als Bündnispartner hat die Bürgerstiftung bereits das Ressort von Umweltsenator Reinhard Loske (Grüne), die AOK Bremen/Bremerhaven, die Agentur Energie-Konsens, die Bremer Heimstiftung, die städtischen Kitas (Kita Bremen), die Verbraucher-

zentrale, den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Bremen, Slow Food Bremen und die Verbraucherzentrale gewonnen. Auch ein erstes Restaurant macht mit: „Villa“ in der Villa Ichon. Und Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hat die Schirmherrschaft für die Aktion übernommen. Er muss sich darauf gefasst machen, dass er demnächst von Christiane Schwalbe zu einem öffentlichen Essen eingeladen wird – natürlich vegetarisch.

Die Bremer Heimstiftung habe sich ohnehin Gedanken darüber gemacht, wie der Speisezettel für ihre etwa 2000 Bewohner künftig aussehen soll, erklärt Monika Böttjer. Zentrales Anliegen: Wie sollten ältere Menschen versorgt werden, um ernährungsbedingte Erkrankungen zu vermei-

den. Auch aus gesundheitlichen Gründen sei es wichtig, weniger Fleisch zu essen. So empfehle die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, dass ältere Menschen pro Woche nicht mehr als 400 Gramm Fleisch und Wurst verzehren sollten.

Kita Bremen versorge täglich etwa 7000 Kinder mit Mittagessen, erklärt Mitarbeiter Peter Große. Dabei stünden auch regelmäßig vegetarische Gerichte auf dem Speiseplan. Das solle nun donnerstags zur festen Tradition werden. Auch auf die Qualität der Zutaten werde geachtet: Vergangenes Jahr seien zehn Prozent des Nahrungsmittelbudgets für Bio-Produkte ausgegeben worden.

Weitere Informationen im Internet unter [www.veggiday.de](http://www.veggiday.de)

Schlechtes Zeugnis  
für Schlecker

Abgeordnete kritisieren Ersatz von Beschäftigten durch Leiharbeiter

VON BERND SCHNEIDER

**Bremen.** Arbeitsverträge auflösen, um die Beschäftigten als Leiharbeiternehmer bei halbem Einkommen zurückzuholen – die Kritik am Vorgehen der Drogerie-Kette Schlecker hat gestern die Bürgerschaft über alle Fraktionsgrenzen hinweg geeint. In einer hitzigen Debatte flogen gestern im Landtag dennoch die Fetzen. Während SPD und Grüne scharfe Kritik übten an Unternehmen der Zeitarbeit, die nach ihrer Auffassung Tariflöhne untergraben, hielt der FDP-Abgeordnete Oliver Möllenstädt ihnen entgegen: „SPD und Grünen steht es am wenigsten an, sich darüber zu äußern. Es sind Ihre Gesetze, die den Missbrauch möglich gemacht haben.“

Am schärfsten griff die Linken-Abgeordnete Inga Nitz die Schlecker-Praxis an. Sie sprach vom „eiskalten Kalkül moderner Sklavenhalter“. Weil Beschäftigte so wenig verdienen, dass sie ergänzend Hartz IV beantragen müssten, „steigt der Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit“. Schlecker erzwingt so Subventionen durch den Steuerzahler. Das beweise: „Der Raubtierkapitalismus beißt, wenn man ihm keinen Maulkorb anlegt.“

Helga Ziegert (SPD) kritisierte, dass „völlig ungenügend“ tarifliche Arbeit ersetzt werde durch „schlecht gesicherte Leiharbeit“, ergänzt durch Hartz IV. Es sei „unerträglich“, dass die Gesetzeslage dies ermögliche. Das Ersetzen von Tarifarbeitern durch Leiharbeiter finde in einer Vielzahl von Branchen und Unternehmen

statt. Ziegert: „Der Gesetzgeber muss unbedingt eingreifen.“

Auch die CDU sprach von „arbeitnehmerfeindlichem Verhalten“ und von „Lohn-dumping“. Der Abgeordnete Harry Nestler verwies darauf, dass CDU-Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen jetzt die Unternehmen der Zeitarbeit unter die Lupe nehme. „Wenn es da Handlungsbedarf gibt, muss eine gesetzliche Regelung her.“ Oliver Möllenstädt warf den Abgeordneten vor: „Sie diskreditieren eine ganze Branche.“ Die Zeitarbeit gebe vielen Arbeit, teilweise sogar besser bezahlt als in ausleihenden Betrieben. Die Vorgänge zeigten jedoch, dass gesetzliche Regelungen für Fairness sorgen müssten.

Regelungen gebe es längst, betonte Silvia Schön (Grüne), die die Debatte beantragt hatte. Eine EU-Richtlinie gebe vor, dass Leiharbeiter „gleiche Bezahlung und gleiche Rechte“ beanspruchen könnten wie Festangestellte in den Betrieben. Möllenstädt hielt ihr entgegen, die einstige rot-grüne Bundesregierung habe die jetzige Gesetzeslage vor dem Hintergrund sehr hoher Arbeitslosigkeit beschlossen. „Heute muss man sagen: Das ist zulasten der Unternehmen und der Arbeitnehmer gegangen.“ Das müsse jetzt korrigiert werden, „und das erwarten wir auch“.

Sozial- und Arbeitsministerin Ingeborg Rosenkötter (SPD) sagte, es sei „schädlich und in hohem Maße unsozial“, Arbeitnehmern zu kündigen, um sie über Zeitarbeit wieder einzustellen. Gleiche Arbeit müsse gleich bezahlt werden.

Bildungssenatorin bittet  
um Entschuldigung

Renate Jürgens-Pieper bedauert Fehlinformation wegen Sprachtests

VON BERND SCHNEIDER

**Bremen.** „Die Bildungssenatorin und die Wahrheit: Was taugt Cito für Bremen und Bremerhaven wirklich?“ Diese Frage hat das Parlament auf Antrag von CDU und FDP gestern im Landtag zu klären versucht. Renate Jürgens-Pieper (SPD) bat das Parlament um Entschuldigung; eine falsche Antwort auf die Frage werde korrigiert. „Die Bildungssenatorin und die Wahrheit sind nicht zu trennen“, beteuerte sie.

Wie berichtet, hatten Eltern herausgefunden, dass Wissenschaftler den Sprachtest für Vorschüler keineswegs so positiv bewerten, wie der Senat in einer offiziellen Antwort gegenüber dem Parlament behauptet hatte. „Das ist kein Kavaliersdelikt“, sagte Claas Rohmeyer (CDU) gestern in der Bürgerschaft. Es gehe um die Frage, „ob Bürger und Abgeordnete den Aussagen des Ressorts vertrauen können“. Und: „Es kann nicht sein, dass etwas behauptet wird, das nicht stimmt.“ An Renate Jürgens-Pieper gerichtet, fügte er hinzu: „Wir setzen darauf, dass Sie in Ihrem Laden aufräumen.“

Magnus Buhlert (FDP) betonte, Öffentlichkeit und Parlament hätten „einen Anspruch darauf, dass die Antworten aus dem Senat klar und der Wahrheit entsprechend sind“. Der jetzige Verstoß sei „kein Einzel-fall; das geht so nicht“.

Wie Rohmeyer verwies auch Buhlert auf einen zweiten Fall: Vom Ressort war eingedrängt worden, dass es sich zur Begründung einer fachlichen Entscheidung auf ein nicht existierendes Gerichtsurteil berufen hatte. Buhlert: „Der Zweck heiligt nicht die Mittel.“ Politische Ziele müssten „nicht mit irgendwelchen, sondern mit den richtigen Argumenten durchgesetzt werden“.

Anja Stahmann (Grüne) betonte, die Senatorin habe die Fraktionen um Entschuldigung gebeten. „Die grüne Fraktion nimmt die Entschuldigung an.“ In der politischen Auseinandersetzung dürfe aber „auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass Argumente ausgehebelt und Tatsachen verdreht werden“. Mustafa Güngör versicherte für die SPD, man stehe geschlossen hinter der Senatorin. Die Falschankunft sei „ärgerlich, aber kein Weltuntergang“.

Renate Jürgens-Pieper sagte, sie habe sich davon überzeugt, dass weder Fahrlässigkeit noch Täuschungsabsicht im Spiel gewesen sei. Die beanstandete Äußerung sei lediglich „fachlich unpräzise“. Weil eine Seitenangabe fehle, entstehe der Eindruck, eine Aussage stehe im direkten Bezug zu Cito. Der betreffende Mitarbeiter habe bereits um dienstrechtliche Konsequenzen er-sucht. Er gehe davon aus, dass der Schaden für das Ansehen des Ressorts im Parlament repariert werden könne, nicht aber in der Öffentlichkeit.



Renate Jürgens-Pieper wehrt sich. FO:SCHEITZ

## Tierheim-Kritiker sollen zu Wort kommen

VON MICHAEL BRANDT

**Bremen.** Der Runde Tisch, der die Vorwürfe gegen das Tierheim in der Hemmstraße besprechen soll, nimmt langsam konkrete Formen an. In dieser Woche hat sich der Vorstand des Tierschutzvereins getroffen und die weiteren Schritte beraten. Klar ist inzwischen: Auch die Kritiker sollen in der Runde zu Wort kommen. Der Tierschutzverein hatte sich offenbar mit diesem Punkt sehr schwer getan.

Nach dem derzeitigen Stand sollen die Beratungen des Runden Tisches in der zweiten Februarwoche stattfinden. Eingeladen werden offenbar Vertreter der Bürger-schaftsfraktionen, Behörden wie zum Beispiel das Stadtamt und der Vorstand des

Tierschutzvereins. Gestern hieß es aus dem Vorstand außerdem, dass Kritiker vertreten sein werden. Unklar ist noch, um wen es sich dabei handeln soll. Klar ist indes auch: Der Tierschutzverein um seinen Vorsitzenden Wolfgang Apel möchte dem Vornehmen nach nicht, dass die Tierheilpraktikerin Heike Einwächter-Langer am Gremium beteiligt ist.

Die Kritik von Heike Einwächter-Langer am Tierheim vor wenigen Wochen war auf großes öffentliches Interesse gestoßen. Bürgerinnen und Bürger meldeten sich zu Wort, schrieben zahlreiche Leserbriefe und trugen sich in ein Gästebuch auf der Internetseite der Tierheilpraktikerin ein. Immer wieder wurde dabei der zentrale Vorwurf laut, dass die Mitarbeiter des Heims die

Vermittlung von Tieren blockieren würden.

Vielfach hatten sich Bürger gemeldet, die vom Tierheim abgewiesen worden sind und die erhoffte Katze oder den erhofften Hund nicht erhalten haben. Das Tierheim hat auf die Kritik von Heike Einwächter-Langer formal reagiert: Rechtsanwälte sollen jetzt durchsetzen, dass die unerwünschten Einträge von der Homepage gelöscht werden.

Der CDU-Bürgerschafts-abgeordnete Frank Imhoff vertritt eine klare Meinung zur Beteiligung der Bürger, die Vorwürfe gegen das Tierheim und seine Führung erhoben haben, am Runden Tisch. Seiner Ansicht nach ist es zwingend, dass diese Kritiker eingeladen werden: „Es darf keine ein-

seitige Sache sein. Wenn keine Kritiker mit am Tisch sitzen, werde ich nicht teilnehmen.“ Er betont dabei, dass er sich in einer Vermittlungsposition sehe. Es wäre gut für das Tierheim, wenn es endlich aus den Negativschlagzeilen herauskäme. Denn das Tierheim bestreitet einen Gutteil seiner jährlichen Ausgaben aus Spenden.

Eines der weiteren Themen, die offenbar am Runden Tisch besprochen werden sollen, ist der Umgang mit den Bürgern, die im Tierheim nach einem Vierbeiner suchen. Mehrfach haben Betroffene geschil-dert, dass es in diesem Punkt Defizite gebe. Wolfgang Apel hatte auch bereits angekündigt, dass in diesem Jahr Schulungen veranstaltet werden, um die Kundenge-spräche zu verbessern.